

Irland

Anthony Costello*

Im vergangenen Jahr war Irlands Politik geprägt von den Vorbereitungen auf den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Die Verhandlungen über ein Austrittsabkommen im Rahmen des Artikels 50 EUV wurden aufgrund der mangelnden Unterstützung im britischen Parlament bis Oktober 2019 verlängert. Dabei bekannte sich Irland zu einem starken und stabilen Europa, weshalb die irische Regierung sich darauf konzentrierte, den negativen Konsequenzen eines möglichen britischen EU-Austritts ohne Abkommen („No-Deal-Brexit“) proaktiv entgegenzuwirken. Die „Future of Europe“-Initiative des irischen Außenministeriums zur Zukunft der Europäischen Union, die wirtschaftlichen Vorbereitungen der Regierung auf den Brexit sowie die Ergebnisse der Lokal- und Europawahl unterstreichen Irlands pro-europäischen und progressiven Standpunkt.

Brexit

Am 12. Juli 2018 veröffentlichte die britische Regierung den Chequers-Plan, mit dem sie ihr Bekenntnis für einen systematischen Austritt bekräftigte und gleichzeitig darlegte, dass das Vereinigte Königreich zwar die Europäische Union, nicht aber Europa verlasse.¹ So strebt die britische Regierung einen Austritt aus Zollunion und Binnenmarkt an, intendiert jedoch gleichzeitig eine gemeinsame Freihandelszone für Güter und Dienstleistungen basierend auf den bestehenden EU-Normen und -Standards. Die Frage nach den Konsequenzen für zukünftige Handelsabkommen mit Drittstaaten für das Vereinigte Königreich blieb ungeklärt, weshalb namhafte Regierungsangehörige wie der damalige Außenminister Boris Johnson zurücktraten. Dieser bezeichnete den im Chequers-Plan vorgesehenen Austritt als „halben Brexit“, der das Vereinigte Königreich zu einer „Kolonie der Europäischen Union“ machen würde, abhängig von EU-Regeln, ohne auf Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene Einfluss nehmen zu können.² Gleichzeitig haben die EU-Staats- und Regierungschefs den Chequers-Plan ebenfalls abgelehnt, da sich das Vereinigte Königreich äußerst selektiv in Bezug auf die vier Freizügigkeiten des europäischen Binnenmarkts positioniere. Sie stimmten dem Plan zwar in seiner grundsätzlichen Ausrichtung zu, die fehlende rechtsverbindliche Lösung für den sogenannten „Backstop“ im Konflikt an der Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland machte eine Zustimmung Irlands jedoch unmöglich.³ Für den somit immer wahrscheinlicheren Fall eines harten, ungeordneter Brexits hat Irland begonnen, nötige Vorkehrungen zu treffen.

Im Oktober 2018 hat die irische Regierung den Haushalt für das Jahr 2019 vorgestellt, der einen 1,5 Mio. Euro umfassenden „Rainyday-Fonds“ beinhaltet, um mögliche Konse-

* Übersetzt aus dem Englischen von Nina Regenhardt und Jana Schubert.

1 HM Government: The Future Relationship between the United Kingdom and the European Union, 12.7.2018.

2 Heather Stewart/Pippa Crerar/Dan Sabbagh: May's 'plan sticks in the throat', says Boris Johnson as he resigns over Brexit, in: The Guardian, 9.7.2018.

3 Patrick Smyth/Pat Leahy: EU leaders reject Theresa May's Brexit Proposals, in: Irish Times, 21.9.2018.

quenzen eines wirtschaftlichen Schocks abzumildern. Der Haushaltsplan⁴ umfasst eine 300 Mio. Euro starke Initiative für Humankapital im Bereich Bildung im Zeitraum 2020 bis 2024, 300 Mio. Euro für ein Wachstumskreditprogramm für kleine und mittlere Unternehmen, 110 Mio. Euro für die Regierungsabteilungen, die notwendigen Vorbereitungen für den potentiellen britischen EU-Austritt treffen, sowie eine stärkere Finanzierung des Programms zur Unterstützung des Friedensprozesses in Nordirland („PEACE“).⁵

Im Dezember 2018 stellte Irland zudem seinen Notfallplan für einen britischen EU-Austritt ohne vertragliche Grundlage zur Vorbereitung betroffener Stellen vor. So sollen, falls nötig, Zollbeamte schnell an die Grenze zu Nordirland verlegt und der Vorbereitungsplan „Getting Ireland Brexit Ready“ durch verstärkte Investitionen sowie den Schutz des zwischen dem Vereinigten Königreich und Irland seit 1922 bestehenden einheitlichen Reisegebiets (CTA) weitergeführt werden.⁶ Des Weiteren wurde im Februar 2019 das „Brexit omnibus“-Gesetz für die Bewahrung des Karfreitagsabkommens und der CTA verabschiedet.⁷ Das Gesetz ermöglicht der Regierung außerdem, spezifische Gesetzesnovellen zur Sicherung der Rechte von BürgerInnen und EinwohnerInnen in Irland und zur Abschwächung wirtschaftlicher Risiken im Fall eines „No Deals“ durch die Erleichterung privater Investitionen und reformierte Steuervorschriften für Unternehmen und Privatpersonen zu erlassen.⁸

Bereits im Jahr 2018 wurde das Projekt „Irland 2040“ initiiert, mit dem die Regierung konjunkturmindernde Infrastrukturdefizite beheben will, um künftiges Wachstum sowie Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Dazu wurden nationale Entwicklungs- und Raumplanungspläne erarbeitet, die den erwarteten Zuzug von einer Mio. Menschen bis zum Jahr 2040 regeln. Zudem umfasst das Projekt die Themen Klimaschutz, Mobilitäts- und Bildungsentwicklung, Sanierung des ländlichen Raums, technologische Innovationen und Wohnen. Der erste Jahresbericht über das Projekt „Irland 2040“ wurde im Mai 2019 vorgelegt.⁹

Durch die mehrfache Ablehnung der Vorschläge zum Austrittsabkommen aus der Europäischen Union im britischen Unterhaus¹⁰ hat das Vereinigte Königreich das für den 30. März 2019 anvisierte Austrittsdatum nicht eingehalten und das Austrittsverfahren im Rahmen des Artikels 50 EUV verlängert, was von den irischen VertreterInnen begrüßt wurde.¹¹ Für den Fall eines britischen EU-Austritts ohne Austrittsvertrag und der Wiedererrichtung der inneririschen Grenze unterzeichneten Irland und das Vereinigte Königreich

4 Regierung Irlands: Budget 2019, 9.10.2018, abrufbar unter: <https://www.gov.ie/en/campaigns/0941370210-budget-2019/> (letzter Zugriff: 9.7.2019).

5 Irish Times: Budget 2019: the full text of Paschal Donohoe’s speech, 9.10.2018.

6 Regierung Irlands: Brexit Contingency Action Plan, Dezember 2018.

7 Oireachtas.ie: Withdrawal of the United Kingdom from the European Union (Consequential Provisions) Act 2019, 17.3.2019.

8 Withdrawal of the United Kingdom from the European Union (consequential provisions) Bill 2019 – Explanatory Memorandum, 22.2.2019.

9 Regierung Irlands: The First Year: Annual Report 2018. Project Ireland 2040: Building Ireland’s Future, 2.5.2019.

10 Agreement on the Withdrawal of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland from the European Union and the European Atomic Energy Community as endorsed by leaders at a special meeting of the European Council on the 25 November 2018, 25.11.2018.

11 Merrionstreet.ie: Statement by Taoiseach Leo Varadkar in advance of the Special European Council, 9.4.2019.

eine Absichtserklärung, die die besondere Beziehung der beiden Staaten zueinander betont und erklärt, die CTA zu bewahren.¹²

Zukunft Europas

Die Botschaft, die vielfach von den irischen Bürgerdialogen über die Zukunft Europas ausging, lässt sich mit den Worten von Premierminister Leo Varadkar ausdrücken: „die Europäische Union ist ein Haus, das wir mitgebaut haben und in dem wir bleiben werden“¹³. Die Bürgerdialoge sind Ausdruck des irischen Bekenntnisses zur Europäischen Union, das ebenso in jüngsten Umfragen reflektiert wird: 93 Prozent der irischen Bevölkerung befürworten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes.¹⁴ Der im Oktober 2018 veröffentlichte Bericht über die Ergebnisse der Bürgerdialoge stellt die Positionen der irischen Bevölkerung für die Zukunft Europas vor.¹⁵

Die TeilnehmerInnen der Bürgerdialoge äußerten besonderes Interesse an der Umweltpolitik und forderten ein größeres Engagement der EU-Staats- und Regierungschefs sowie strengere Umweltgesetze, zum Beispiel für Müllentsorgung. Darüber hinaus wurde auf Maßnahmen gegen Meeresverschmutzung, für erneuerbare Energien, Elektromobilität und Umweltbildung in der Schule gedrängt. Trotz der großen pro-europäischen Mehrheit wurden in den Bürgerdialogen auch kritische Stimmen zur Sicherung der irischen Autonomie in Steuerpolitik und Neutralität sowie zum Engagement Irlands in der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit laut. Der irische Bericht der Bürgerdialoge war mehrheitlich kongruent mit dem Bericht der Europäischen Kommission,¹⁶ der die Vorschläge aus den Mitgliedstaaten bündelt und Grundlage für die Diskussionen über die Zukunft Europas auf dem informellen Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in Sibiu war.¹⁷

Europa- und Lokalwahlen 2019

In den Lokalwahlen konnten die irischen Grünen einen erheblichen Gewinn von 3,9 Prozentpunkten der Stimmen im Vergleich zu 2014 verzeichnen, während die etablierten Fine Gael (Europäische Volkspartei, EVP) und Finnia Fail (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE) nur einen Zuwachs von je 1,3 beziehungsweise 1,6 Prozentpunkten erzielten.¹⁸

Damit erhielt die Oppositionspartei Finnia Fail die meisten Sitze bei den Lokalwahlen, was ein Rückschlag für die Minderheitenregierung der Fine Gael war. Obwohl sie nur 49 von 949 Sitzen gewannen, kann man in Anbetracht des vergangenen Ergebnisses von 12 Sitzen von einer Wiedergeburt der Grünen sprechen. Ihr Vorsitzender Eamon Ryan sprach von einer „grünen Welle“, die das europa- und weltweite Umdenken, auch in den Bürger-

12 Memorandum of Understanding between the United Kingdom and Ireland concerning the Common Travel Area and associated reciprocal rights and privileges, 8.5.2019.

13 MerrionStreet.ie: Statement by Taoiseach Leo Varadkar in Advance of the Special European Council (Art. 50), eigene Übersetzung.

14 EMI Ireland/Red C Poll: Ireland and the EU 2019, abrufbar unter: www.europeanmovement.ie/wp-content/uploads/2019/04/EM-RED-C-Infographic-2019-HR_FINAL.pdf?x81931 (letzter Zugriff: 10.7.2019).

15 Außen- und Handelsministerium Irland: Report on the Citizens' Dialogues on the Future of Europe, 12.10.2018.

16 Europäische Kommission: Progress Reports on Citizens' Dialogues and Citizen's Consultations, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/progress-reports-citizens-dialogues-and-consultations_en#reports-from-member-states (letzter Zugriff: 10.7.2019).

17 Europäische Kommission: Citizens' Dialogues and Citizens' Consultations: Key Conclusions, 30.4.2019.

18 RTE: Local elections count is complete with 949 seats filled, 28.5.2019.

dialogen, widerspiegelt. Darüber hinaus forderte er eine Kohlenstoffdioxidsteuer, die in Form von Sozialleistungen oder Steuererleichterungen an die BürgerInnen umverteilt werden könnte,¹⁹ was der Premierminister schon vor den Wahlen befürwortet hatte.²⁰ Somit ist der Klimaschutz ins Zentrum der öffentlichen Debatte in Irland gerückt und die Parteien sehen sich gezwungen, das Thema stärker als bisher zu berücksichtigen.

Aufgrund der Minderheitenregierung der Fine Gael und des Stimmenzugewinns der Fianna Fail sind Neuwahlen des Parlaments vor Ende 2019 nicht ausgeschlossen, obwohl der Vorsitzende der Fianna Fail betonte, das sogenannte „Confidence and Supply“-Abkommen nicht aufzukündigen und der Premierminister erklärte, der britische EU-Austritt habe Priorität über einer Auflösung des Parlaments.²¹ Neuwahlen könnten Erfolge für die Grünen und die Fianna Fail bedeuten und somit den Regierungsanspruch der Fine Gael gefährden. Der Premierminister hat daher vermutlich angesichts einer möglichen Koalition mit den Grünen eine schnelle Umsetzung der Klimapolitik angekündigt.²²

Bei einem britischen EU-Austritt würde die Anzahl der aktuell elf Sitze Irlands im Europäischen Parlament auf 13 erhöht. Trotz ihres Wahlerfolgs erhält die Fianna Fail nur einen Sitz, ein zweiter würde der Partei nach dem Brexit zugerechnet. Die Fine Gael erhält vier Sitze, die sich auf fünf erhöhen würden.²³ Nach dem Brexit wären die meisten irischen Abgeordneten der EVP zugehörig, gefolgt von der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (mit drei unabhängigen und einem Sitz der Sinn Fein), den Grünen sowie ALDE mit je zwei Sitzen.²⁴

Das relativ widersprüchliche Wählerverhalten kann mit den spezifischen Umständen in zweitrangigen Wahlen erklärt werden. Jedoch ist eindeutig, dass sich die Unterstützung für rechte, europaskeptische beziehungsweise rechtsextreme Parteien nicht materialisiert hat.

Fazit

Für den Fall eines britischen EU-Austritts ohne vertragliche Grundlage trifft Irland die nötigen Vorkehrungen, um Stabilität und Wachstum sowie die sozialen und wirtschaftlichen Privilegien der irischen BürgerInnen zu schützen. Neben dem klaren Bekenntnis zur EU-Mitgliedschaft war die Forderung nach einer engagierteren Klimapolitik in den Europa- und Lokalwahlen zu beobachten.

Weiterführende Literatur

Michael Kaeding/Johannes Pollak/Paul Schmidt (Hrsg.): *The Future of Europe. Views from the Capitals*, Cham 2019.

19 RTE: Green Wave of Thinking has reached Ireland say's Ryan, 25.5.2019.

20 John Downing: Carbon Tax increases will be refunded via welfare or tax system – Taoiseach Pledges, in: *Irish Independent*, 26.3.2019.

21 Fergal O'Brien: Taoiseach not ruling out possibility of early general election, in: RTE, 7.5.2019.

22 Philip Ryan: A New Green Agenda: Taoiseach to fast-track radical climate change policies after voters send clear message, in: *Irish Independent*, 26.5.2019.

23 Europe Elects: Live Projection: EU Election Result, abrufbar unter: <https://europeelects.eu/ep2019/> (letzter Zugriff: 10.7.2019).

24 Damit sind die irischen Grünen erstmals seit 1999 wieder im Europäischen Parlament vertreten.